

**V**or einem Jahr startete unsere Serie „Schnelle Netze im ländlichen Raum“ mit Bayern und durchlief alle Bundesländer. Schnelles Internet im ländlichen Raum ist nach wie vor nicht flächendeckend verfügbar. Die Gemeinden müssen den Ausbau selbst aktiv vorantreiben. Deshalb wird die Serie mit Bayern fortgesetzt: Seit 20 Jahren ist Michael Sedlmair (60), von den Freien Wählern, Bürgermeister in Ismaning ...

von Elke Neureuther

**?** Wie zufrieden sind Sie mit der Internet-Versorgung in Ihrer Gemeinde?

**!** **SEDLMAIR:** Im Hauptort sind wir sehr zufrieden, wir sind seit Jahren gut angeschlossen, weil wir viele Gewerbebetriebe haben, die schon sehr frühzeitig auf einen guten Anschluß gedrängt haben, die mit großen Konzernen in München zusammenarbeiten. Das sind Hardware-, Softwarebetriebe, Unternehmensberatungen und Medienbetriebe. Wir hatten vor einigen Jahren fünf oder sechs verschiedene Kabelfirmen, die in Ismaning angeschlossen haben, wir als Gemeinde haben die Arbeiten koordiniert. Im AGROB Medien- und Gewerbepark sind die Fernsehsender auf schnelles Internet angewiesen.

**?** Wer hat den Ausbau angeschoben?

**!** Aktiv sind zunächst unsere Firmen geworden, weil sie auf Grund ihrer wirtschaftlichen Betätigung ein schnelleres Internet brauchten. Begonnen hat die Firma MSG, ein IT-Beratungs- und Systemintegrationsunternehmen in Ismaning, die zu einem Münchner Konzern eine Leitung brauchte. Wir wurden damit schon deshalb konfrontiert, weil uns die Firmen ja fragen müssen, wenn sie eine Leitung in öffentlichen Grund einlegen wollen. Zunächst war die Gesetzeslage unklar dahingehend, ob die Gemeinden eine Entschädigung bekommen oder nicht. Letztlich bekommen wir keine, die Leitung darf unentgeltlich eingelegt werden. Wir haben die Zustimmung dann erteilt und so wurde Ismaning vernetzt.

**?** Ismaning hat also keine Zuschüsse bekommen?

**!** Nein, wir waren gefordert hinsichtlich Baustellenkoordination und Zustimmung.

## Ganzer Ortsteil ohne Anschluß

**?** Wie ist denn der Versorgungsstand im Umland Ihrer Gemeinde?

**!** Wir haben einen großen, gut versorgten Hauptort, aber wir haben einen kleineren Ortsteil mit 840 Einwohnern im Norden von Ismaning, 3 km entfernt: Fischerhäuser. Und dieser Ortsteil ist nicht angeschlossen. Da laborieren wir jetzt ca.

Mobilfunk kritisch gegenüber und dasselbe wird auf den Internetanschluß übertragen. Die Leute wollen ein Glasfaserkabel. Dann haben wir uns in dieser Richtung weiter bemüht, den Breitbandanschluß formell von der Gemeinde vorangetrieben, eine Markterkundung durchgeführt: Wer hat Interesse, wer würde sich anschließen, welche Kapazitäten werden benötigt und dann kam die Ausschreibung. Allerdings kam keine Antwort.

Auf Nachfrage erhielten wir die Auskunft, daß der Anschluß von Fischerhäuser für die Betreiberfirmen nicht interessant ist. Dann haben wir letztes Jahr im Herbst eine zweite Ausschreibung durchgeführt und konnten durch Verhandlungen erreichen, daß wir von M-Net, wohlgemerkt eine Tochterfirma der Stadtwerke München, nicht von der Telekom, ein akzeptables Angebot erhalten haben. Die Kosten belaufen

sich auf 35.000 Euro für die Gemeinde, die Hälfte wird vom Staat bezuschußt. Anschlußkosten und laufende Gebühren, die sich aber im üblichen Rahmen halten, tragen die Privaten. Wir werden also unsere Bestrebungen nach einem Anschluß des Ortsteils Fischerhäuser noch heuer abschließen können. Die Gemeinde stellt dazu auch kostenlos ein Leerrohr zur Verfügung, das bereits verlegt ist; sonst müßte noch gegraben werden, was wieder teurer wäre. Aber so können wir den Anschluß als Gemeinschaftsprojekt mit M-Net auf den Weg bringen.

## „SCHNELLE NETZE“, TEIL 11: „Gnadenlos öffentlich kommunizieren“



„Wenn die Umsetzung hakt, muß Druck aufgebaut werden ...“

zwei Jahre rum. Wir hatten Beschwerden von Bürgern, die zu Hause arbeiten, z.B. von einem Planungsbüro. Seit 2008 arbeiten wir daran, zunächst haben wir mit der Telekom korrespondiert, die einen Anschluß ablehnte, weil das nicht wirtschaftlich sei. Dann kamen die verschiedenen Initiativen, das ging auch über die Breitbandinitiative vom Wirtschaftsministerium. Die Bundespolitik, konkret die Kanzlerin, hat hier Positives verlauten lassen, aber es ging vor Ort nichts weiter, weil letztlich die Firmen sagen: Das ist für uns nicht wirtschaftlich.

Im Frühjahr 2009 wurde den Bewohnern ein Funkangebot unterbreitet, aber die Leute wollen den Funk nicht. Viele stehen

## Anspruch auf schnelles Internet?!

**?** Haben Sie Beratung über das Breitbandprogramm des bayerischen Wirtschaftsministeriums erhalten?

**!** Das haben wir. Als Berater hatten meine Mitarbeiter Herrn Gottfried Gänßle. Zum Hintergrund gab es außerdem eine Resolution des Bayerischen Gemeindetags vom 9. Oktober 2009, wo wir auch über die Spitzenverbände versucht haben Druck zu machen. Einerseits sagt die Politik immer, jeder hat einen Anspruch, auf der anderen Seite fehlen die rechtlichen Grundlagen.

Wenn man das als Punkt der Daseinsvorsorge definieren würde, müßte der Gesetzgeber auch handeln, und das steht in der Resolution. Dann wäre der Gesetzgeber z.B. gehalten, das Telekommunikationsgesetz zu ändern. Jeder Bürger hätte dann nicht nur einen Anspruch auf einen Telefonanschluß, sondern auch auf einen Datenübertragungsanschluß. Das ist bis dato nicht passiert, und darauf weisen Spitzenverbände, z.B. der Bayerische Gemeindetag, auch hin. Ich persönlich habe den Verdacht, daß die privaten Anbieter deshalb so zögerlich mit den Angeboten sind, weil es wirtschaftlich nicht so einfach darzustellen ist. Auf der anderen Seite wird wohl erwartet, daß der Staat mitbezahlt und sie bessere Preise vereinnahmen können. Für Fischerhäuser ist dies jetzt abgearbeitet. Wir haben eine große Gemeinde mit über 40 km<sup>2</sup> Fläche, hier sind Bürger auch auf Funklösungen angewiesen. Im Außenbereich akzeptieren Anwohner dies, weil sie einsehen, daß man nicht zu jedem Anwesen eine Leitung legen kann.

**?** *Woher kommt die Ablehnung von Funklösungen?*

**!** Zunächst ist der Anknüpfungspunkt Mobilfunk. Erstaunlicherweise ist das nur Thema in Bayern und Baden-Württemberg. In Norddeutschland nicht. Die Leute hier sehen die Auswirkungen von Mobilfunkstrahlung durchaus kritisch; teils ist es aber auch eine verquere Diskussion. Die normale Telefonanlage, die hundertmal so viel strahlt wie eine Mobilfunkantenne, ist kein Thema. Aber

„Die Leute wollen Glasfaserkabel. Dann haben wir uns in dieser Richtung weiter bemüht ... dann kam die Ausschreibung. Allerdings kam keine Antwort ...“



mit der Antenne beim Nachbarn hat man ein Problem. Hierzu haben wir schon zahlreiche Diskussionen geführt, jeder hat ein Handy, aber keiner will die Antenne. Jeder will Umweltschutz, aber der Baum im eigenen Garten wird einfach umgeschnitten. Das gehört bei mir zum täglichen Brot. Früher war man über technische Informationen

nicht so gut aufgeklärt, die Leute sind heute sehr vorsichtig. Die Informationen, die Firmen herausgeben, werden – natürlich richtigerweise – kritisch hinterfragt.

**!** **ERNSTBERGER:** Dazu zwei ergänzende Sätze. Wir haben im Westen von München das Gräfelfinger Mobilfunkkonzept seit über 8 Jahren entwickelt und sind jetzt so weit, daß wir es aus den reinen Wohngebieten heraus haben, und uns mit den Mobilfunkbetreibern auf 2 Standorte mit jeweils 42 Meter hohen Masten einigen konnten. Es kristallisieren sich 2 Gegner heraus. Die einen sind die, die Angst um die Gesundheit haben und die zweiten, die sich jetzt ganz verstärkt zu Wort melden, die Angst um Wertminderung ihres Grundstückes haben, durch einen Masten in der unmittelbaren Nähe.

**!** **SEDLMAIR:** In der Regel sind die Gemeinden im Großraum München gut versorgt. Bei kleineren Büros, die nicht an einem Strang liegen, wird es kritischer. Das war bei uns in Fischerhäuser der Fall. Letztes Jahr in der Bürgerversammlung hat sich eine Frau beschwert, die zu Hause arbeitet und einen guten Anschluß braucht, den sie in Fischerhäuser nicht hat.

**!** **ERNSTBERGER:** Genau das ist auch das Problem der anderen Gemeinden, je mehr sie in ländlichere, kleinere Ortsteile rauskommen, z.B. Oberhaching oder Straßlach Dingharting, da wird es dann einfach schwach. Gerade die Freiberufler haben dann das große Problem, wo es ja um Up- und Downstream (Datenübertragungsrate beim Hoch- und Herunterladen aus dem Internet) geht. Gerade wenn sie große Dateien wie Pläne kriegen. Man kann berufsnötige Informationen nicht erhalten, weil das Kabel so schwach ist.

## Flächendeckender Ausbau nur mit Staatsmitteln

**?** *Und wer trägt die Kosten?*

**!** **SEDLMAIR:** Wenn die Politik sagt, das gehört zukünftig zur Grundversorgung, muß der Staat die Möglichkeiten ➔



## Schnelle Netze, Teil 11

„GNADENLOS ÖFFENTLICH  
KOMMUNIZIEREN“

schaffen. Wer A sagt, muß auch bezahlen. Vor 10 Jahren war nicht absehbar, wohin sich das Internet entwickelt. Jetzt ist es eben Standard und selbst wenn ich zu Hause etwas brauche, gehe ich ins Netz und „google“ erstmal. Für Schüler ist es das Selbstverständlichste der Welt.

? Welche Geschwindigkeiten sind ausreichend?

! **SEDLMAIR:** Da kann ich konkret, ich bin kein Techniker, nichts dazu sagen. Es gibt verschiedene Werte; in Ismaning ist das auf Grund der guten Ausstattung kein Thema. Aber man muß natürlich auf zukunftsfähige Übertragungskapazitäten achten. Das ist wie im Computerbereich: Die Kapazitäten, die man heute hat, dazu hätte man vor 20 Jahren einen Großrechner gebraucht. Und so wird sich das in diesem digitalen Bereich auch verändern. An Übertragungskapazitäten sollte man nicht sparen, im Zweifel sollte man mehr anbieten als weniger. Übertragungskapazitäten, die möglicherweise jetzt noch ausreichen, können in 3 Jahren zu gering sein. Man muß eine Investition für die Zukunft machen.

? Ist es sinnvoll, so vorzugehen: Die Haupttrasse legt der Staat und die Feinerschließung übernimmt die Gemeinde?

! **SEDLMAIR:** Das ist das Übliche, daß der Staat versucht, eigene Aufgaben auf die Kommunen zu übertragen. Wenn der Staat den Kommunen das Geld dafür gibt, gut, wir sind geduldig und werden das machen. Aber zunächst muß geklärt werden: Wer ist verantwortlich? Und der trägt auch die Kosten. Der Versuch, die Lasten den Kommunen aufzubürden, ohne Mittel zur Verfügung zu stellen, ist eine durchgängige Entwicklung im staatlichen Bereich. Allerdings widerspricht dies dem gesetzlich verankerten Konnexitätsprinzip – wenn eine Aufgabe übertragen wird, dann müssen auch die

„Aber das Hauptthema ist die wirtschaftliche Situation und da sind natürlich Gemeinden, die nicht selber anbieten können, die zweiten Sieger ...“

notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

## Gemeinden müssen aktiv werden

? *Betreiben die Gemeinden ihren Internetausbau aggressiv genug?*

! **SEDLMAIR:** Zunächst dachten wir, mit der üblichen Korrespondenz, mit Nachtelefonieren weiterzukommen.

Das war nicht der Fall und wir haben es selbst in die Hand genommen. Auf kommunaler Ebene haben Bürger auch „greifbare Ansprechpartner“ vor Ort – im Unterschied zur großen Politik. D.h. wir nehmen Anliegen und Beschwerden, die uns mitgeteilt werden, auch in Angriff. Hätten wir gewußt, daß das Thema Breitbandversorgung in Fischerhäuser fast zwei Jahre dauert, hätten wir das wahrscheinlich von Anfang an wesentlich konsequenter verfolgt. Räume ich ein.



Bürgermeister in Ismaning Sedlmair (rechts) und Florian Ernstberger, Gemeinderat in Gräfelfing (am westlichen Stadtrand von München), Kreisrat im Landkreis München und Mitglied der Freien Wähler.

? *Trotzdem können im Moment 193 Gemeinden nur über Satellit versorgt werden.*

! **ERNSTBERGER:** Man muß beachten, daß es dabei nicht um Gemeinden wie Ismaning geht, sondern um Gemeinden, die finanziell unter einem gewaltigen Schwert liegen und einfach das Geld nicht haben.

! **SEDLMAIR:** Das ist das Problem im ländlichen Raum, in kleinen Gemeinden,

die etwas ab vom Schuß sind und deshalb nicht bedient werden. Meist haben diese Kommunen auch nicht die finanziellen Mittel, das zu schultern. Deshalb dränge ich auf die Absicherung im Gesetz, weil auch diese

„Zunächst dachten wir, mit der üblichen Korrespondenz, mit Nachtelefonieren weiterzukommen. Das war nicht der Fall und wir haben es selbst in die Hand genommen ...“

Gemeinden dann einen Anspruch haben. Denn gerade diese Gemeinden sind darauf angewiesen. Großes Thema ist doch auch, daß sich der ländliche Raum ausdünn, daß die Jungen abwandern. Das ist kein Wunder, wenn ich

keine Angebote habe, die Stand der Technik sind, dann gehen die Jungen weg. Und nun sind wir wieder bei der Widersprüchlichkeit: Man sagt, man will den ländlichen Raum aufwerten, aber dann funktioniert es nicht.

## Weiße Flecke jetzt als erstes anbinden

? *Warten die Gemeinden auf die Versteigerung der digitalen Dividende, mit der zuerst die weißen Flecken geschlossen werden sollen?*

! **SEDLMAIR:** Die Gemeinden haben von der Versteigerung der digitalen Dividende nichts. Das Geld wird der Bund vermutlich kassieren und dann ist es weg. D.h. es gibt die Möglichkeit, weitere zu versorgen und der Bund muß darauf achten, daß das tatsächlich dann umgesetzt wird und zunächst die weißen Flecken auch richtig versorgt werden. Für mich

ist das eine Sache, die sich auf Grund der technischen Veränderung ergibt, ob das dann funktioniert wissen wir nicht.

? *Wie wichtig ist der weitere Ausbau, nachdem eine Grundversorgung sichergestellt ist?*

! **SEDLMAIR:** Ich denke, wenn es funktioniert, ist man zunächst einmal zufrieden. Wenn man sagt: Für uns wird das auch in den nächsten Jahren reichen, dann ist das Kapitel abgeschlossen. Generell wird

Fortsetzung auf S. 12

**Schnelle Netze, Teil 11**

„GNADENLOS ÖFFENTLICH KOMMUNIZIEREN“



... Fortsetzung von S. 10

1 Mbit/s spätestens mittelfristig nicht reichen.

**?** Stimmt es, daß die Grundstückspreise durch mangelnde Internetversorgung erheblich sinken?

**!** **SEDLMAIR:** Das ist richtig, denn ein Grundstückswert hängt von der Erschließung ab. Wenn ich bauen will, muß das Grundstück erschlossen sein, zunächst einmal mit Straße, Straßenbeleuchtung, Wasser und Abwasser, Telefon ist vielleicht gar nicht mehr so wichtig, weil nur mit dem Handy telefoniert wird. Aber Computer, das ist Standard. Wenn heute ein Wohnblock gebaut wird, werden selbstverständlich Leerrohre für Computer installiert. Wenn so etwas nicht möglich ist, dann ist ein Grundstück möglicherweise schwieriger zu verwerten. Der Grundstückseigentümer wird sagen: Was kosten Leitung und Anschluß, das mindert den Wert meines Grundstücks; wenn ich für ein Grundstück mit 2.000 m<sup>2</sup> z.B. zusätzlich 100.000 € in die Hand nehmen muß, dann ist das Grundstück um diesen Betrag weniger wert.



„Jeder Bürger hätte dann nicht nur einen Anspruch auf einen Telefon-, sondern auch auf einen Datenübertragungsanschluß...“

### Besonders kleine Gemeinden brauchen finanzielle Unterstützung

**?** Wird zwischen Anbietern und Gemeinden auf Augenhöhe verhandelt?

**!** **SEDLMAIR:** Die Augenhöhe ist für mich die wirtschaftliche Gegebenheit. Wenn eine Gemeinde interessant ist und Abnehmer da sind, dann macht das der Anbieter. Die Ausgestaltung ist dann eine Sache des Gebens und Nehmens. Aber wenn eine Gemeinde im ländlichen Raum für den Anbieter nicht attraktiv ist, dann sagt er: Hier lege ich die Leitung nicht

hin, es sei denn, ich bekomme Geld. Die Schwierigkeit in rechtlicher Hinsicht ist wohl, daß die Telekom die Leitungsnetze oder Übergabestationen und Schaltkästen, die technische Hardware, zur Verfügung stellen muß. Das klärt so nach und nach die Rechtsprechung. Aber das Hauptthema ist die wirtschaftliche Situation und da sind natürlich Gemeinden, die nicht selber anbieten können, die zweiten Sieger.

**?** Konkrete Verbesserungsvorschläge?

**!** **SEDLMAIR:** Wäre ich Wirtschaftsminister, würde ich alle meine Berater zusammenholen und mich informieren lassen, wo es hakt. Ich würde fragen, warum geht es nicht weiter, warum bekomme ich Beschwerden von Ort A und Stadt B, wo sind die Schwierigkeiten? Und wenn es von selber nicht geht, muß man den Firmen das entsprechende Gesprächsangebot machen, sich der Problematik stellen und gemeinsam lösen. Die Politik muß handeln, und das ist mir in der Vergangenheit ein bißchen zu kurz gekommen. Es wird viel geschrieben, aber es geht nicht voran. Konkrete

Unterstützung, da gibt es den Projektmanager, Personen, die gezielt eingesetzt werden, wenn es irgendwo brennt. Das wäre zunächst einmal ein Versuch, der nicht mehr Geld kostet. Wenn die Umsetzung hakt, muß Druck aufgebaut werden. Da hilft dann auch ein Artikel in dieser Zeitschrift. Und auch nicht nur besprechen, sondern konkret an Hand von Best Practice Beispielen zeigen: Wie haben das andere Kommunen gemacht, wo sind gute Lösungen, wie wurde das dort und dort gelöst. Man könnte sofort beginnen, weil Ansprechpartner da sind, die Know-how haben, die auch wissen, wo die Schwierigkeiten sind. Das, glaube ich, könnte eine Sofortmaßnahme sein.

**!** **ERNSTBERGER:** Und parallel dazu die Initiative übers Gesetz. Das wäre die Parallele sozusagen zur pragmatischen Lösung.

**!** **SEDLMAIR:** Es ist vollkommen richtig, daß man sagt: Das Gesetz muß geändert werden.

### Zusammenarbeit der Gemeinden für schnelles Internet

**?** Machen Zusammenschlüsse von Gemeinden Sinn?

**!** **SEDLMAIR:** Ja, interkommunale Zusammenarbeit ist hier sicherlich zu begrüßen. Da muß man schauen, wo das konkret vor Ort notwendig und sinnvoll ist. Bei uns im Raum München sind die Gemeinden größer und haben in der Regel eine eigene schlagkräftige Verwaltung. Größere Gemeinden können das möglicherweise selbstermachen. Aber beispielsweise bei kleineren Gemeinden im ländlichen Raum kann ich mir durchaus vorstellen, daß sich hier einige zusammentun und Personen benennen, die sich darum kümmern. Es ist einfach so, das habe ich wieder bei meinem Beispiel Fischerhäuser gesehen, daß man am Ball bleiben muß. Von selber geht nichts mehr. Das ist genau der Punkt. Und das wäre dann eine Sache unter dem Stichwort interkommunale Zusammenarbeit.

**?** Reicht ein gefördertes Ortsnetz pro Gemeinde aus?

**!** Das kann man pauschal nicht beantworten. Es wäre zu prüfen, wo die konkreten Schwierigkeiten sind, und warum

### ISMANING ...

... liegt 7 km nördlich von München. In der Gemeinde leben 15.519 Einwohner; 2.359 Gewerbebetriebe, davon 248 Handwerksbetriebe, sind angesiedelt. Das Gewerbegebiet AGROB ist benannt nach einer Immobilienfirma von 1867, welche zuerst Ziegelfabrik war. Hier sind u.a. Fernsehsender wie DS:F und HSE ansässig. Diese haben eine Sonderstellung bei der Versorgung mit schnellem Internet. Kommt das den übrigen Teilen zugute?

für „diese Gemeinde“ das Angebot des Staates nicht paßt. Ggfs. wäre darauf zu drängen, daß man eine Ausnahmegegenehmigung erhält. Der Sinn der Förderung ist ja auch die entsprechende Ausstattung. Wenn man die Förderbedingungen nicht erfüllt, muß man

darauf hinweisen, daß es doch sehr unterschiedliche Strukturen und Gegebenheiten gibt, über die sich eine Gemeinde nicht hinwegsetzen kann. Ich würde schon sagen, daß dann eine Ausnahme möglich sein muß.

